



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,  
Energie und Kommunikation UVEK

**Bundesamt für Umwelt BAFU**  
Abteilung Wasser

3003 Bern  
BAFU, BMA

POST CH AG

Kanton Graubünden  
Amt für Natur und Umwelt  
Ringstrasse 10  
7001 Chur

Referenz: BAFU-A-14643401/21  
Aktenzeichen: BAFU-042.131-00-60429/1/4/2  
Ittigen, 28. Juni 2021

## Sanierungsmassnahmen nach Art. 83a GSchG im Bereich Geschiebehaushalt Anhörung BAFU nach Art. 42c Abs. 3 GSchV

**Kraftwerk:** Name, Gemeinde, Kanton  
**Inhaberin:** Name, Adresse, PLZ Ort  
**Massnahmen:** Sanierung des Fischeaufstiegs / Fischabstieg

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom [Datum] haben Sie dem BAFU das Dossier zu oben erwähntem Sanierungsprojekt zur Anhörung nach Art. 42c Abs. 3 der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV, SR 814.201) geschickt. In Kenntnis der kantonalen Stellungnahme vom [Datum] nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

### 1 Ausgangslage

Angaben zum Betreiber, Standort und Typ der Anlage. Angaben zur laufenden Konzession. Angaben zur bestehenden Beeinträchtigung und zur Sanierungspflicht gemäss strat. Planung. Zsf. Inhalt Verfügung der Sanierungspflicht. Angaben zum Projekt (Zsf. Inhalt Art der Massnahme, Umfang der Massnahme (und Dauer bei wiederkehrenden Massnahmen), Angaben zu Kosten der Massnahme. Angaben ob eine Vorprüfung stattgefunden hat etc.

### 2 Gesetzliche Grundlagen

Artikel 83a GSchG verpflichtet die Inhaber bestehender Wasserkraftwerke, bis Ende des Jahres 2030 die nach Artikel 43a GSchG notwendigen Massnahmen zur Sanierung von wesentlichen Beeinträchtigungen der einheimischen Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume, des Grundwasserhaushalts

Bundesamt für Umwelt BAFU  
Marc Baumgartner  
3003 Bern  
Standort: Papiermühlestrasse 172, 3063 Ittigen  
Tel. +41 58 46 541 31, Fax +41 58 46 303 71  
marc.baumgartner@bafu.admin.ch  
<https://www.bafu.admin.ch>



BAFU-A-14643401/21

und des Hochwasserschutzes durch einen veränderten Geschiebehaushalt zu treffen. Die Massnahmen richten sich nach dem Grad der Beeinträchtigung und dem ökologischen Potenzial des Gewässers, der Verhältnismässigkeit des Aufwandes, den Interessen des Hochwasserschutzes und den energiepolitischen Zielen zur Förderung erneuerbarer Energien. Sie sind im Einzugsgebiet des betroffenen Gewässers aufeinander und auf andere Massnahmen abzustimmen.

Gemäss Art. 42c Abs. 1 GSchV erstellen die Kantone für Anlagen, für die gemäss strategischer Planung Massnahmen zur Sanierung des Geschiebehaushalts zu treffen sind, eine Studie über die Art und den Umfang der notwendigen Massnahmen. Gestützt auf diese Studie ordnet die kantonale Behörde die Sanierung an. Bei Wasserkraftwerken muss das Geschiebe soweit möglich durch die Anlage durchgeleitet werden (Art. 42c Abs. 2 GSchV). Bevor die kantonale Behörde über das Sanierungsprojekt entscheidet, hört sie gemäss Art. 42c Abs. 3 GSchV das BAFU an. Das BAFU prüft im Hinblick auf das Zusicherungsgesuch nach Art. 28 Abs. 1 der Energieverordnung vom 1. November 2017 (EnV, SR 730.01), ob die Anforderungen nach Art. 43a GSchG erfüllt sind und die Wirtschaftlichkeit der Massnahme gewährleistet ist (Anh. 3 Ziff. 2 EnV).

### 3 Beurteilung

#### 3.1 Eingereichte Unterlagen

Mit Schreiben vom [Datum] hat die [zuständige kantonale Stelle] folgende Unterlagen eingereicht:

— Kantonale Stellungnahme vom [Datum]

— xy

— etc.

Ist das Dossier inhaltlich vollständig? Wurden Anträge aus Vorprüfungen berücksichtigt? Wurden Fristen der Projektierung eingehalten?

Das Dossier ist für die Anhörung nach Art. 42c Abs. 3 GSchV inhaltlich [un]vollständig.

#### 3.2 Wesentliche Beeinträchtigung

Verursacht die Anlage eine wesentliche Beeinträchtigung? Ist die Anlage sanierungspflichtig gemäss strat. Planung? Wurde die Sanierungspflicht vom Kanton verfügt? Ist BAFU damit einverstanden?

#### 3.3 Sanierungsziele

Wurden Sanierungsziele erarbeitet (Morphologie und erforderliche Fracht)? Liegt konkrete Geschiebefracht im Unterwasser einer Anlage für die Projektierung einer Massnahme vor? Wurden Sanierungsziele nach Anforderungen an Studie Art und Umfang (VH Geschiebe Massnahmen) erarbeitet? In welchem Rahmen? Wurden bereits Sanierungsziele oder Massnahmen in strategischer Planung/Studie über Art und Umfang festgelegt? Bezieht sich das vorliegende Projekt auf die festgelegten Ziele?

#### 3.4 Variantenstudium und Massnahmenwahl

Welche Varianten wurden untersucht? Wurden alle machbaren Massnahmenvarianten geprüft?

Wurden Varianten nach den Kriterien in Art 43a Abs. 2 GSchG verglichen? Wurde beim Variantenstudium die ökologische Wirkung, die Verhältnismässigkeit, die Interessen des Hochwasserschutzes und der energiepolitischen Ziele genügend berücksichtigt?

#### 3.5 Bestvariante

##### 3.5.1 Ökologische Wirkung

Welche Wirkung kann mit der vorgeschlagenen Sanierungsmassnahme erzielt werden? Wird die wesentliche Beeinträchtigung beseitigt (insb. werden die Ziele für Morphologie, Hochwasserschutz und Grundwasserhaushalt erreicht)?

### 3.5.2 Grad der Beeinträchtigung und Ökologisches Potential

Richten sich die Massnahmen nach dem Grad der Beeinträchtigung und dem ökologischen Potenzial des Gewässers?

### 3.5.3 Verhältnismässigkeit des Aufwandes

Ist die Massnahme verhältnismässig (Ist sie geeignet die wesentliche Beeinträchtigung zu beseitigen? Ist sie notwendig? Ist sie zumutbar?)

### 3.5.4 Interessen des Hochwasserschutzes

Werden die Interessen des Hochwasserschutzes genügend berücksichtigt?

### 3.5.5 Energiepolitische Ziele zur Förderung erneuerbarer Energien

Werden die energiepolitischen Ziele zur Förderung erneuerbarer Energien genügend berücksichtigt?

Führt die Bestvariante zu einer Energieminderproduktion (betriebliche Massnahme, nicht Produktionsausfall während Massnahmenbau)? Wenn ja Energieminderproduktion in GWh/a angeben und in Do-kuSanWK erfassen (V1: In Bemerkungen, V2: In separatem Feld im Geschäftsfall).

### 3.5.6 Koordination im Einzugsgebiet

Wird die Massnahme im Einzugsgebiet des betroffenen Gewässers aufeinander abgestimmt?

Wird die Massnahme mit Sanierung Restwasser, Fischwanderung, Schwall-Sunk, Revitalisierungen und anderen relevanten Massnahmen im und am Gewässer koordiniert?

### 3.6 Wirkungskontrolle

Liegt ein Konzept zur Wirkungskontrolle vor? Entspricht es den Vorgaben der Vollzugshilfe? Ist die Messung des Ausgangszustands vor Umsetzung der Massnahme geplant?

### 3.7 Wirtschaftlichkeit

Beurteilung der Wirtschaftlichkeit? Wurde eine Ausschreibung gemacht? Wird die Wirtschaftlichkeit der Massnahmen nachvollziehbar dargelegt? Sind die Kosten der einzelnen Kostenpunkte in einem „Ver-nünftigen“ Rahmen (Vergleich mit Referenzkosten)? -> Falls erst eine Kostengrobschätzung vorliegt und noch keine Ausschreibungen gemacht wurden, darauf hinweisen, dass im Antrag auf Entschädi-gung die Wirtschaftliche Ausführung der Massnahme nachvollziehbar erläutert werden muss.

Die Leistungen für die ökologische Sanierung der Wasserkraft unterliegen dem öffentlichen Beschaf-fungsrecht. Die Gesuchstellerin sorgt dafür, dass für die kommenden Schritte im Rahmen der dem öf-fentlichen Beschaffungsrecht entsprechenden Vergabeverfahren die Arbeiten an die wirtschaftlich günstigsten Unternehmen vergeben werden. Für das Auszahlungsgesuch ist das Vergabeverfahren zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit angemessen zu dokumentieren.

### 3.8 Voraussetzungen für eine Entschädigung und anrechenbare Kosten

Hinweis falls detaillierte Angaben vorhanden und grobe Differenzen ersichtlich sind. (Sind Vorausset-zungen für Entschädigung grundsätzlich gegeben? Wurden die anrechenbaren Kosten korrekt angege-ben? Wie hoch sind die voraussichtlichen anrechenbaren Kosten? Welche zusätzlichen Unterlagen werden mit dem Zusicherungsgesuch erwartet?)

Die voraussichtlich anrechenbaren Kosten belaufen sich auf **0.00** CHF.

Das Entschädigungsgesuch soll eine Beurteilung der Kostenrisiken enthalten. Bei Projekten in diesem Umfang wird zudem ein laufendes Kostencontrolling und -reporting (mit quartalsweisem Reporting Entwicklung Kosten (Vergleich Soll/Ist und Endkostenprognose) an den Kanton und ans BAFU erwar-tet. Diese Leistungen/Kosten sind anrechenbar und sind im Entschädigungsgesuch abzubilden.

**Kommentiert [PMUB1]:** Wenn Investitionssumme > 5 / 10 Millionen: dann diesen Punkt in BAFU Stellung-nahme aufnehmen

Unsere Erwartungen an das laufende Kostencontrolling ist eine ¼-jährliche Berichterstattung zu folgenden Ele-menten:

- Status Projektfortschritt
  - die aufgelaufenen Kosten / - aktuelle Kostenentwick-lung (IST)
  - Vergleich mit geplanten/zugesicherten Kosten (SOLL)
  - Meldung von aufgetretenen Mehrkosten
  - Meldung von weiteren absehbaren/voraussichtlichen Mehrkosten inkl. Risikobeurteilung (-> Genehmigung)
  - Endkostenprognose
  - Meldung von Projektänderungen/anpassungen (-> Genehmigung)
- Meldung zum weiteren Zeitplan

Wenn > 20 Mio, dann soll dieses Reporting durch eine externe Instanz (d.h. nicht das Kraftwerk selbst) erfol-gen, wenn < 20 Mio, dann kann das Reporting durch KW selbst erfolgen

### 3.9 Weitere Bemerkungen

Bei Bedarf.

#### 3.10 Fazit und Anträge

Welche Gründe sprechen für die Bestvariante / Gibt es Gründe die dagegen sprechen?

Gibt es andere Interessen die für oder gegen die Bestvariante sprechen?

Stimmt das BAFU der Wahl der Bestvariante zu? – Begründung

#### Anträge

[1] Antrag 1

[2] Antrag 2

[3] Antrag 3

Wir bitten Sie, unsere Anträge und Bemerkungen in Ihrem Entscheid zu berücksichtigen.

#### 4 Weiteres Vorgehen

Sobald alle nötigen Bewilligungen vorliegen, kann [der Inhaber des Wasserkraftwerks] für die im Be-  
treff vermerkte Sanierungsmassnahmen bei [der zuständigen kantonalen Behörde] ein Gesuch um Er-  
stattung der Kosten gemäss Art. 34 des Energiegesetzes vom 30. September 2016 (EnG, SR 730.0)  
einreichen. Dieses ist einzureichen, bevor mit dem Bau resp. der Massnahme begonnen wird oder  
grössere Anschaffungen getätigt werden (Art. 28 Abs. 2 EnV). **Mit dem Bau resp. der Massnahme  
darf erst begonnen werden (bzw. grössere Investitionen dürfen erst getätigt werden), wenn die  
Zusicherungsverfügung des BAFU vorliegt. Ansonsten besteht kein Anrecht auf Entschädi-  
gung.** Nach Eingang des Gesuchs reicht [die kantonale Behörde] dem BAFU umgehend das vollstän-  
dig ausgefüllte Meldeformular „Gesuchseingang Art. 29 EnV“ ein. [Die kantonale Behörde] prüft das  
Gesuch auf Vollständigkeit hin. Ist das Gesuch vollständig, so beurteilt sie es gemäss den Kriterien  
nach Anhang 3 Ziffern 2 und 3 EnV und leitet es mit ihrer Stellungnahme an das BAFU weiter. Ist das  
Gesuch nicht vollständig, so informiert sie das BAFU umgehend darüber. Sie informiert das BAFU er-  
neut, sobald die zur Vollständigkeit des Gesuchs notwendigen Unterlagen nachgereicht wurden (Art.  
29 Abs. 3 EnV).

Für Verfahrensfragen steht Ihnen der Kantonsverantwortliche der Sektion Sanierung Wasserkraft (Vor-  
name Name Kantonsverantwortlicher, Telefon, E-Mail) zur Verfügung. Für inhaltliche Fragen betreffend  
Sanierung Geschiebehaushalt wenden Sie sich bitte an Vorname Name Fachverantwortlicher (Telefon,  
E-Mail).

Freundliche Grüsse

Beilage(n):

– [TEXT]

Kopie an:

– Kraftwerksinhaber

– Intern: Fachbearbeiter, Kantonsverantwortlicher, Johannes Abegg

4/4

Kommentiert [LL1B2]: Falls externes Büro Beurteilung gemacht hat